

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 7. September 2022 / Mercredi après-midi, 7 septembre 2022

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

15 2021.RRGR.399 Motion 279-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)
Eine Polizei für alle Berner und Bernerinnen – Anpassung der Anstellungsvoraussetzungen

15 2021.RRGR.399 Motion 279-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, PVL)
Une police pour toute la population bernoise – Ajustement des conditions d'engagement

Fortsetzung / Suite

Präsident. Werte Grossräte, wir fahren mit unseren Geschäften weiter. Bevor wir im Traktandum 15 weitergehen, kann ich noch die Resultate der Wahlen von Grossratsmitgliedern in die Organe des Grossen Rates verkünden.

Resultate der Wahlgeschäfte der Herbstsession 2022 (Organe des Grossen Rates)
Résultats des élections de la session d'automne 2022 (organes du Grand Conseil)

Geschäft 2022.RRGR.267 – Wahl eines Grossratsmitglieds der SP-JUSO als Mitglied SiK
Affaire 2022.RRGR.267 – Élection d'un membre PS-JS de la CSéc

Wahlergebnis / Résultat des élections

2022.RRGR.267

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	140
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	138
Davon leer / Dont blancs	7
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	131
Absolute Mehr / Majorité absolue	66

Gewählt ist Veglio Mirjam mit 130 Stimmen.
Veglio Mirjam est élue par 130 voix.

(Applaus / Applaudissements)

Geschäft 2022.RRGR.260 – Wahl eines Grossratsmitglieds der Grünen als Mitglied JuKo per 16.09.2022

Affaire 2022.RRGR.260 – Élection d'une membre Les Verts de la CJus au 16.09.2022

Wahlergebnis / Résultat des élections

2022.RRGR.260

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	140
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	140
Davon leer / Dont blancs	26
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	114
Absolutes Mehr / Majorité absolue	58

**Gewählt ist Ammann Christa mit 109 Stimmen.
Ammann Christa est élue par 109 voix.**

Rai Tabea erhielt 5 Stimmen / obtient 5 voix.

(Applaus / Applaudissements)

Geschäft 2022.RRGR.138 – Wahl eines Grossratsmitglieds der Grünen als Ersatzmitglied SiK per 16.09.2022

Affaire 2022.RRGR.138 – Élection d'une membre suppléante Les Verts de la CSéc au 16.09.2022

Wahlergebnis / Résultat des élections

2022.RRGR.138

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	140
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	139
Davon leer / Dont blancs	25
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	114
Absolutes Mehr / Majorité absolue	58

**Gewählt ist Ammann Christa mit 110 Stimmen.
Ammann Christa est élue par 110 voix.**

Rai Tabea erhielt 4 Stimmen / obtient 4 voix.

(Applaus / Applaudissements)

Präsident. Dann würden wir im Traktandum 15 weiterfahren. Wir haben mit den Fraktionssprechern angefangen. Als nächster Fraktionssprecher wäre Grossrat Gerber für die Grünen an der Reihe.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Fraktionssprecher. Ich spreche mal zu Punkt 1 und Punkt 3. Etwa 50 Prozent der Menschen im Kanton Bern sind Frauen. Bei der Polizei sind es aber noch nicht 50 Prozent. Aber es werden Anstrengungen unternommen, damit es ein bisschen mehr Frauen im Korps gibt. Auch die Inhaber eines C-Ausweises sind im Kanton Bern ein namhafter Prozentsatz, und viele von ihnen sind seit ihrer Geburt in der Schweiz oder sogar hier im Kanton Bern

wohnhaft. Ihnen wird aber die Polizeischule verwehrt. Wenn diese Gruppe auch die Polizeischule besuchen und dann als Polizist arbeiten könnte, bräuchte es vielleicht das eine oder andere Polizeiauto weniger, auf dem steht: «Wir suchen Polizistinnen und Polizisten.» Wenn das ein Gewerbebetrieb macht, ist das eines. Aber wenn man so Mitglieder sucht, die eine staatshoheitliche Aufgabe wahrnehmen sollen, finde ich das eigentlich mehr eine Verzweiflungstat und nicht so toll.

Zum Punkt 2: Auch für uns macht es wenig Sinn, wenn ein super Cyber-Spezialist, der in seinem Fach eine Koryphäe ist, aber mit dem Sport nichts am Hut hat, den Job nicht bekommt, weil er die sportlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Deshalb ist die heutige gelebte Praxis in diesem Punkt zu unterstützen.

Die Grünen stimmen wie folgt ab: Bei Punkt 1 und Punkt 3 unterstützen wir einstimmig die Motion. Bei Punkt 2 unterstützen wir die Haltung des Regierungsrates.

Hans Schär, Schönried (FDP), Fraktionssprecher. Damit man im Kanton Bern Polizist werden kann, braucht es verschiedene Bedingungen und Voraussetzungen, die man mitbringen muss. Körperlich, geistig, charakterlich, kommunikativ müssen diese Interessentinnen und Interessenten auf der Höhe sein. Nicht zuletzt wird auch das Schweizer Bürgerrecht gefordert, also der Schweizer Pass. Wenn ein Ausländer Polizist werden will, muss er sich einbürgern lassen. Ich erachte das als zumutbar. Es gibt viele andere Branchen, die auch strenge Zulassungsbedingungen fordern, z. B. in der Forschung, beim Militär, in Labors oder in Gefängnissen etc.

Die Polizei steht in der Öffentlichkeit und wird von allen Bürgern gut angeschaut. Wenn aber doch einmal ein Fehler passiert, wissen Sie ja genau, wie das in der Presse ausgeschlachtet wird. Und wenn es dann noch ein Ausländer wäre, wären die Zeitungen voll mit Berichten. Sogar der Polizeiverband Bern-Kanton (PVBK) steht mehrheitlich hinter den bestehenden Aufnahmekriterien. Was würde das für ein Ausmass annehmen, wenn wir allen Ämtern bei den Anstellungskriterien dreinreden möchten? Unsere Polizistinnen und Polizisten sind Amtspersonen und repräsentieren unseren Kanton gegen aussen. Wir dürfen von den zukünftigen Polizistinnen und Polizisten weiterhin erwarten, dass sie im Besitz des Schweizer Bürgerrechts sind. Deshalb lehnen wir von der FDP diese Motion mehrheitlich ab.

Zu den einzelnen Punkten: Bei Punkt 1 ist es eine mehrheitliche Ablehnung. Punkt 2 nehmen wir an und schreiben ihn gleichzeitig ab, und zu Punkt 3 ist es eine einstimmige Ablehnung.

Katharina Baumann, Münsingen (EDU), Fraktionssprecherin. Unsere Fraktion lehnt diesen Vorstoss ab oder lehnt sich eben der Meinung des Regierungsrates an. Die Aufgaben der Kantonspolizei sind vielfältig und müssen differenziert erledigt werden. Die Grundaufgabe als solche, die Sicherheit und Stabilität, die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung sind mit entsprechender Logik und einer rechtlichen Voraussetzung umzusetzen. Für uns ist es ohne Bürgerrecht ein klassisches No-Go. Es kann nur massive Probleme geben, und ich erlaube mir zu sagen: Es hätte wohl sehr wenig Nutzen, wenn man das einführen würde.

Unsere Kantonspolizei ist gut durchmischt, repräsentiert unsere Gesellschaft und bietet schon heute viele Möglichkeiten, sich in diversen Spezialfunktionen einzubringen – für Frauen und Männer. Beide Geschlechter sind bereits heute angesprochen und auch gefragt. Es gibt verschiedene Aufgaben, die durchaus unabhängig vom Schweizer Bürgerrecht erledigt werden können, aber das ist ja heute auch schon möglich. Wir befürchten einfach ein Kompetenzenchaos und eine Verunsicherung, wenn etwa Polizisten ohne Schweizer Pass Personen mit Schweizer Pass kontrollieren müssten. Das Gleiche auch im Thema «Spezialeinheiten». Wir sind für eine einheitliche und stabile Polizei. In ihrer Sicherheitsfunktion ist das halt an das Schweizer Bürgerrecht gekoppelt. Ein Bürgerrecht übrigens, das man ja durchaus erlangen kann. Auch der Motionär erwähnt fünf bis zehn Personen, die das hier ansprechen würde. Ich denke, diese fünf bis zehn Personen sollten diese Hürde meistern können, wenn sie sich schon so für die Polizeiarbeit interessieren würden. Persönlich zweifle ich auch daran, dass eine solche Lockerung wirklich das Problem des Personalmangels lösen würde.

Wie eingangs erwähnt: Die EDU-Fraktion lehnt die Punkte 1 und 3 ab. Den Punkt 2 kann man, wie der Regierungsrat vorschlägt, gleichzeitig annehmen und abschreiben.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP), Fraktionssprecher. Die Fraktion der EVP hat dieses Anliegen diskutiert und war sich nicht ganz einig. Eine Mehrheit kann sich aber trotzdem eine Anpassung vorstellen. Wenn eine Person alle Voraussetzungen für den Polizeiberuf ausser dem Bürgerrecht erfüllt, sollte dieses Gesetz so angepasst werden können, dass es in Zukunft möglich würde. Es gibt durchaus Gründe, den Schweizer Pass nicht zu beantragen, z. B., wenn ein Herkunftsland keine Doppelbürger zulässt und man die Bürgerschaft des anderen Lands behalten will. Es wäre schade, allein aus diesem Grund auf fähige Bewerber zu verzichten.

Angesichts eines möglichen Fachkräftemangels auch bei der Polizei könnte eine Anpassung hier durchaus Sinn machen. Weiter macht es aus Sicht der EVP Sinn, die berechtigterweise strengen körperlichen Voraussetzungen von der Polizei nicht bei jeder Tätigkeit zu verlangen. Der Regierungsrat bestätigt aber in seiner Antwort, dass das heute schon möglich ist. Eine Durchmischung, wie das die Motionäre in Punkt 3 verlangen, sehen wir aber nicht. Das geht uns dann doch auch zu weit, und es ist aus unserer Sicht auch nicht zwingend. Was wir möchten, ist in erster Linie, eine zusätzliche Möglichkeit für eine Rekrutierung zu schaffen.

Ich komme zu den einzelnen Punkten: Die Mehrheit unserer Fraktion stimmt dem Punkt 1 zu. Bei Punkt 2 sind wir gleicher Meinung wie die Regierung: annehmen und abschreiben. Und Punkt 3 lehnen wir ab.

Marianne Schild, Bern (GLP), Fraktionssprecherin. Ich komme frisch aus dem Grossratschor. Es war wunderbar. Merci allen, die singen gekommen sind. Ich kann Ihnen das sehr ans Herz legen. Es hat sehr Spass gemacht.

Wer im Kanton Bern Polizistin oder Polizist werden will, braucht heute den Schweizer Pass. Als GLP-Fraktion sind wir klar der Meinung, dass das ein alter Zopf ist und dass wir den Beispielen des Kantons Basel-Stadt und des Kantons Schwyz folgen und diese aus unserer Sicht veraltete Hürde fallen lassen wollen. Das Fallenlassen dieser Hürde ist für uns und für gewisse andere im Raum auch das Fallenlassen eines negativ diskriminierenden Elements, aber diese Ansicht ist überhaupt nicht eine Voraussetzung, um unserer Motion in Punkt 1 zuzustimmen. Es gibt nämlich auch genug andere gute Gründe.

Es gibt ganz viele relevante Kompetenzen für die Aufnahme in die Polizeischule und für die Aufnahme ins Korps bei erfolgreichem Abschluss. Die Anforderungen sind hoch. Sie sind zahlreich, und das ist bei diesem sensiblen und anspruchsvollen Beruf richtig und wichtig. Wie Regierungsrat Müller heute selber sagt: Wir nehmen niemanden auf, von dem wir nicht überzeugt sind. Daran wird auch in Zukunft nicht gerüttelt, falls unsere Motion angenommen werden sollte.

Was wir aber in Frage stellen, ist, wieso ausgerechnet wir als Kanton meine, bei der Rekrutierung von Personal für diesen besonderen Beruf mit vielen Beschäftigten – also mit einem grossen Bedarf an Nachwuchs – auf einen signifikant grossen Pool an qualifiziertem Personal verzichten zu können, während dies andere Branchen nie im Leben machen würden. Es ist eben nicht das Gleiche wie eine Richterin oder ein Richter oder eine Staatsanwältin. Das sind gewählte, berufene oder ernannte Leute, und dort braucht es ein passives Wahlrecht. Das braucht es hier nicht. Aus gutem Grund sollten wir uns auch den anderen Kantonen, die das Bürgerrecht abgeschafft haben, anschliessen. Unter Ihnen gibt es viele Gewerblerinnen und Gewerbler, und ich bin sicher, es gibt ganz viele, die Leute mit C-Ausweis angestellt haben. Sie werden nie auf die Idee kommen, diesen nicht zuzutrauen, zwischen persönlichen Interessen und den Interessen ihrer Arbeitgeberin zu unterscheiden. Auch sie müssen Konfliktsituationen regeln, und das kann für Sie existenziell sein. Vermutlich sind Sie zufrieden mit der Art und Weise, wie sie das machen.

Sollen sie sich doch einbürgern lassen, habe ich gehört. Ja, dieser Meinung kann man tatsächlich sein. Aber Tatsache ist, dass für ganz viele Ausländerinnen und Ausländer mit C-Ausweis, die meist aus den Nachbarländern oder aus dem EU-Raum kommen, der Schweizer Pass kein so heiss begehrtes Objekt ist, wie wir vielleicht meinen, dass er es wäre oder sein müsste. Es gibt viele Gründe, wieso sich jemand nicht einbürgern lassen will. Mein Vorredner hat es gesagt: Entweder haben Sie keine Lust auf die ganze Prozedur. Sie haben kein Interesse, eine Doppelbürgerschaft oder einen EU-Pass zu verlieren. Das kann man jetzt gut finden, weil das modern ist, postnationalistisch. Man kann das schlecht finden, weil es demokratiepolitisch heikel ist oder weil man nicht verstehen

kann, dass sich jemand nicht um den Schweizer Pass reisst. Aber das spielt alles gar keine Rolle. Diese Fachkräfte sind in anderen Branchen begehrt, und wer unbedingt Polizistin oder Polizist werden will, kann das heute. Wer das als seine Berufung sieht, der kann das heute im Kanton Basel-Stadt, im Kanton Schwyz, und ich bin sicher, sehr bald auch in anderen Kantonen.

Es sei eine hoheitliche Aufgabe. Ja – Unterrichten ist auch eine hoheitliche Aufgabe, und eine mit viel Autorität. Nur weil die Personen, auf die man die Autorität ausübt, Kinder und Jugendliche sind, ist es nicht weniger hoheitlich. Und wieso Ausländerinnen und Ausländer heute im öffentlichen Verkehr bestens als Zugbegleitungspersonal oder als Stichprobenpersonal Bussen kontrollieren können, hingegen im Strassenverkehr keine Bussen verteilen sollen, leuchtet nicht ein. Was mit der Kompetenz sei, wenn ein Ausländer einen Schweizer auf der Strasse kontrolliert. Ja, was soll denn sein? Ein Ausländer kontrolliert einen Schweizer – ein Ausländer macht seinen Job. Wo ist das Problem? Es ist genau so wenig ein Problem, wie es heute auch kein Problem ist, dass Ausländerinnen und Ausländer im Büro für die Polizei arbeiten. Aktuell können wir uns noch knapp leisten, auf diese Personalressourcen zu verzichten – knapp. Aber das Signal, das wir aussenden – nämlich, dass es nicht auf die Kompetenzen, auf Motivation ankommt, sondern auf etwas anderes –, schadet uns, genauso wie die Hürde selber der Personalrekrutierung schadet.

Leute würden sich eher einbürgern lassen – das ist heute auch schon gesagt worden –, wenn man ihnen Perspektiven aufzeigt und sie diesen Berufswunsch, den sie haben, realisieren können. Wir müssen unsere Personalstrategie nicht an einzelnen Leuten, die ein Problem mit Autorität haben, ausrichten oder an einzelnen Medien, die das negativ kommentieren würden, wie der FDP-Sprecher gesagt hat. Wir sind überzeugt: Wir erhöhen die Qualität, wenn wir den Pool an Personalressourcen, aus dem wir auswählen können, vergrössern, und wir erhöhen auch unsere Glaubwürdigkeit, wenn man mehr Repräsentativität im Korps hat. Die Glaubwürdigkeit ist für die Polizei ganz wesentlich. Und dieses Ganze, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist gratis. Das ist eine sanfte, kleine Reform, und diese passt doch wunderbar in unseren schönen Kanton. Ich bitte Sie, unsere Motion zu unterstützen.

André Roggli, Rüscheegg Heubach (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich habe gerne zugehört, wie Sie unterwegs sind, und es freut mich, wie die Polizei unterstützt wird. Die Mitte unterstützt die Haltung der Regierung einstimmig und lehnt die Ziffern 1 und 3 ab. Ziffer 2 können wir annehmen und schreiben sie gleichzeitig ab.

Wir haben es gehört: Bereits heute werden für Spezialfunktionen bei der Kantonspolizei Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht engagiert, und sie leisten einen wichtigen, wertvollen Beitrag für die Sicherheit in unserem Kanton. Grundsätzlich sind schon jetzt für viele Menschen Tür und Tor offen, um bei der Polizei diese wertvollen Dienste leisten zu können und zu arbeiten. Wie die Regierung und grosse Teile der Kantonspolizei glauben wir nicht daran, dass wir die Lücke im Sollbestand der Kantonspolizei mit dieser Massnahme reduzieren können. Im Gegenteil: Wir sehen ein Potenzial, dass wir neue Herausforderungen schaffen – in der Zusammenarbeit der Korpsangehörigen im Korps, wo wir neue Probleme generieren könnten. Das ist vielleicht auch der Grund, dass der Polizeiverband – wir konnten es alle lesen – diese Anpassung mehrheitlich ablehnt. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, und es stützt die Meinung von Die Mitte, dass wir das ablehnen.

Vielleicht können wir mit dieser neuen Regelung eine unnötige Unruhe in unserem starken Polizeikorps verhindern. Und das ist eigentlich die Absicht, die ja genannt wurde, dass man mehr Leute in dieses Korps hineinbringen könnte. Vielleicht haben wir dann auf einmal weniger Leute, weil es weniger lustig ist, in diesem Korps zu arbeiten. Ich weiss es nicht; es könnte sein.

Um die Lücken im Sollbestand bei der Kantonspolizei zu reduzieren – und da komme ich gleich auf Links-Grün, das jetzt so positiv für unsere Polizei spricht –, braucht es eine ganz andere Unterstützung unserer Polizistinnen und Polizisten. Es braucht mehr Wertschätzung. Es braucht mehr Anerkennung, und es braucht mehr Schutz für unsere Polizistinnen und Polizisten. Es nützt nämlich nichts, wenn Sie bei jeder Demonstration angefahren werden, wenn Sie sich irgendwie einmal für die Sicherheit in unserem Kanton eingesetzt haben. Und dort bitte ich die rotgrüne Seite dann auch, dass sie Position und Farbe bekennt, wenn wir uns für mehr Sicherheit und mehr Schutz für unsere Polizistinnen und Polizisten engagieren.

Mein Rückschluss ist – und das ist auch derjenige von Die Mitte –, dass wir dank dieses Vorstosses nicht zusätzliche Leute, ich wiederhole mich, generieren können. Die ganze Staatsgewalt – und das ist das, was vorhin von der GLP gekommen ist – ist durchzogen von Menschen, die das Schweizer Bürgerrecht haben. Der Polizist, die Polizistin, die Staatsanwaltschaft (Stawa), Richterinnen müssen das Schweizer Bürgerrecht haben. Wir von Die Mitte sehen es nicht ein, warum man jetzt diesen Prozess unterbrechen soll. Wenn eine Person echtes Interesse hat, einen Uniformdienst zu leisten, dann ist – und das sagen wir auch entgegen der GLP – der Schritt der Einbürgerung ein kleiner. Mit Blick auf das Militär, aber auch in das Polizeikorps, können wir sagen: Wir haben schon jetzt eine hohe Diversität im Polizeikorps. Das Militär lebt das auch vor, und das sind ja alles Menschen mit einem Schweizer Bürgerrecht, also gibt es hier auch keinen Grund, etwas zu ändern. Das ist schon alles vorhanden, wie es sein sollte. Ein anderer Gedanke, den man vielleicht auch noch mit-schwingen lassen kann: Wenn die Polizistinnen, Polizisten nicht abstimmen dürfen, was das Gericht, was das Recht sein soll, es aber dann gleichzeitig umsetzen, ist dort auch ein Fehler drin. Und etwas, das mir noch durch den Kopf gegangen ist: Thomas Brönnimann hat erwähnt, dass wir ja schlechte Bedingungen haben und vielleicht die Löhne nicht ganz so hoch sind, und das könnte man dann mit Menschen auffangen, die kein Schweizer Bürgerrecht haben. Das würde jetzt für mich im Umkehrschluss bedeuten: Das ist gut, wir können die Löhne so behalten, wie sie sind, und müssen diese nicht anpassen. Wenn wir das wollen – auch wieder zu Links-Grün: Wenn Sie sagen wollen, das sei gut, diese Löhne seien okay, dann können wir dem zustimmen. Wir sind anderer Meinung und unterstützen die Regierung.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Sie haben drei Minuten Zeit. Als erster Einzelsprecher hat Grossrat Sancar das Wort.

Hasim Sancar, Bern (Grüne), Einzelsprecher. Die Motion verlangt, dass unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen ohne Schweizer Pass – ein Viertel der gesamten Bevölkerung – Zugang zum Polizeiberuf haben sollen, das heisst, als Polizeibeamter und -beamtin angestellt werden dürfen.

Unsere Polizei hat eine sehr wichtige Aufgabe; sie ist bewaffnet und verfügt so über das Gewaltmonopol unseres Staats. Diese Aufgabe ist klar, in einem gesetzlichen Rahmen definiert und wird konsequent beaufsichtigt. Wir sind mit der Aufsicht nicht immer zufrieden, aber das ist hier nicht das Thema. Insgesamt halten wir hier fest, dass die Polizei ihre Aufgaben trotz Ausnahmen gut wahrnimmt. Mir bleibt völlig unverständlich, warum eine Person, die hier lebt, die ihre Steuern bezahlt, die sich unseren Gesetzen verpflichtet fühlt und diese auch vertreten möchte, diese Aufgaben also nicht wahrnehmen darf, wenn sie nicht eingebürgert ist, sonst aber alle Bedingungen erfüllt. Zwischen den Zeilen der Antwort des Regierungsrates geht es doch klar darum, klarzumachen, dass Schweizer zu sein eine unabdingbare Voraussetzung für das gute Gelingen der Polizeiarbeit sein soll. Ich bestreite dies vehement. Es gibt keine Beispiele, die eine solche Haltung legitimieren würden.

Migrantinnen und Migranten prägen das Land mit; sie sollten auch politisch mitgestalten können, ohne Schweizer Pass die Polizeiuniform tragen können. Warum sollten sie schlechtere Polizistinnen und Polizisten sein als Schweizerinnen und Schweizer? Bekannterweise machen ja nicht die Pässe die Arbeit, denn es geht darum, allen Aspirantinnen und Aspiranten eine gute Bildung zu ermöglichen. Sowieso haben wir bei der Rekrutierung permanent Schwierigkeiten. Das ist eine erkannte Tatsache.

Wir haben mitbekommen, dass es Kantone gibt, die gute Erfahrungen mit der Öffnung der Polizei für Mitbürger und Mitbürgerinnen ohne Schweizer Pass gemacht haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja keine Bedenken, wenn wir von Ärztinnen ohne Schweizer Pass behandelt werden. Wichtig ist, dass sie uns gut behandeln. Wir sind froh, wenn die Pfleger uns die angemessene Betreuung geben. Auch hier spielt der Pass wirklich keine Rolle, oder? Und es gibt uns ein Beispiel, wie gut Vielfalt funktioniert, auch in heiklen Berufen. Warum soll der Pass dann gerade bei der Ausübung der Polizei plötzlich eine so zentrale Rolle spielen? (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Es geht auch hier um Professionalität und Vertrauen und Menschlichkeit.

Ich komme zum Schluss: Ich möchte hier keine Wertskala machen, welche Arbeit wichtiger ist, sondern möchte zeigen, wie zentral die Ausbildung ist, die Arbeitsbedingungen sind, damit jeder und jede, der oder die die Polizeiarbeit gerne ausüben möchte, dies auch tun kann. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Vorstoss zu unterstützen. *(Der Präsident schaltet das Mikrofon aus. / Le président coupe le micro.)*

Mathias Müller, Orvin (SVP), Einzelsprecher. Ja, Thomas Brönnimann, Grossrat Brönnimann – er weist auf ein echtes Problem hin. Wir haben bei der Polizei effektiv ein Rekrutierungsproblem. Nur stellt Thomas Brönnimann die falsche Frage. Er stellt die Frage: Wie können wir dieses Rekrutierungsbecken vergrössern? Nicht das ist die Frage. Wir müssen uns die Frage stellen: Warum finden wir nicht mehr genug Schweizerinnen und Schweizer, die diesen Beruf ausüben wollen? Weil dieser Beruf nicht mehr attraktiv genug ist. Wir müssen also, wenn schon, die Attraktivität dieses Berufs wieder grösser machen. Und jetzt, kommt es mir vor, jetzt sagen wir, ja, man habe zu wenig Polizisten, ja, dieser Beruf ist nicht so attraktiv, ja, dann holen wir doch einfach die Ausländer. Die machen diesen unattraktiven Job dann schon. Das scheint mir schon ein bisschen eine schräge Sicht, wenn man einfach sagt, ja, die Ausländer können das dann machen.

Wir müssen zuerst einmal diesen Berufsstand wieder attraktiv machen, und das hat mit Wertschätzung zu tun. 3600 Fälle von Gewalt und Drohungen und «hate crimes» hat es letztes Jahr gegen Polizisten gegeben. Wenn Sie andere Gruppen anschauen, ist das enorm, und bei anderen Gruppen sprechen wir ständig davon. 3600 Angriffe oder Beleidigungen usw. gegen die Polizistinnen und Polizisten. Es hat mit Wertschätzung zu tun. Vielleicht hat es auch mit Lohn zu tun, aber ich glaube, vor allem auch mit Wertschätzung. Und wenn ich natürlich politische Kreise höre, die diese Polizisten entmenslichen wollen – oder, sie sind «pigs», «all cops are bastards», whatsoever. Alles Mögliche wirft man ihnen vor. Sie erfahren keine Wertschätzung, und normal, will niemand mehr diesen Job machen. Und jetzt sagen wir: Dann machen es halt die Ausländer, öffnen wir es halt für die Ausländer. Das ist doch keine Art und Weise. Das ist doch keine Art und Weise. Also, zuerst einmal einen attraktiveren Job machen.

Dann kulturelle Hintergründe: Die meisten kennen halt die Polizistinnen und Polizisten nicht. Ja, da gibt es ganz viele Secondos. Diversity ist in der Polizei gelebt, einfach nur so zum Sagen. Dieser Grossrat, der von der Kantonspolizei für die SVP gewählt worden wäre, ist Secondo-Italiener. Ganz viele. Es gibt kaum einen Berufsstand, der so viel Diversity hat. Also hören Sie mir auf mit kulturellem Hintergrund. Und ein Pass macht nicht den kulturellen Hintergrund aus, das macht auch nicht Diversity aus. Nicht ein Pass macht es aus. Und nachher haben wir vielleicht ... – Ja, also machen wir diesen Job attraktiver, das mal als Erstes. Und dann denken Sie auch daran: Die Polizisten setzen das Gesetz mit Waffengewalt durch – wenn nötig. Sie riskieren ihr Leben, und sie brauchen die Waffe, wenn nötig. Das ist nicht wie ein Lehrer, das ist nicht wie etwas anderes. Sie können, sie haben das Recht, die Gewalt anzuwenden – und das sind Leute, die selber noch nicht über das Gesetz bestimmen dürften? Ist ja auch etwas komisch. Also ich persönlich möchte nicht Söldner, die auf unseren Strassen einen Job ausüben, sondern ich möchte Leute, die sich zu unseren Werten, zu unseren Normen bekennen, und dieses Bekenntnis ist die Einbürgerung. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Polizisten die Ausbildung als Ausländer anfangen, aber sich nachher bekennen und dieses Bürgerrecht annehmen.

Edith Siegenthaler, Bern (SP), Einzelsprecherin. Ich möchte jetzt doch noch einmal einen Satz bezüglich Arbeitsbedingungen und Löhne sagen. Selbstverständlich sind wir als SP-JUSO-Fraktion voll dafür, dass wir dort als Kanton investieren, und abgesehen davon wären wir das auch bei anderen Berufsgattungen. Ich spreche hier z. B. die Lehrer und Lehrerinnen an. Es ist durchaus so, dass wir da auf jeden Fall Hand bieten, und ich freue mich darauf, wenn die bürgerlichen Fraktionen für Lohnerhöhungen auf uns zukommen.

Präsident. Ich gehe davon aus, dass der Motionär noch einmal sprechen möchte. Willst du vor oder nach dem Regierungsrat? – Nachher. Dann hätte der Regierungsrat das Wort.

Philippe Müller, SID-Direktor. Der Regierungsrat und natürlich die Kantonspolizei sind froh um jede qualifizierte Person, die sich für den Polizeiberuf interessiert. Wir brauchen im Kanton Bern genügend gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten. Das sehen Sie, wenn Sie auf der Website der Kantonspolizei sind. Dort wird auf diese Informationsveranstaltungen zur Polizeiausbildung aufmerksam gemacht. Oder vielleicht haben Sie auch schon Werbung gesehen – irgendwo in der Stadt, am Tram oder so. Und eines kann ich schon vorwegnehmen, das ist vorher so ein bisschen erwähnt worden: Abstriche bei der Qualität wird es auf jeden Fall nicht geben. Dieser Vorstoss ist ein positiver Vorstoss. Er will etwas verbessern. Der Regierungsrat und auch ich als Sicherheitsdirektor schätzen das ausdrücklich und danken dem Motionär für sein Engagement. Und es ist auch gut, dass das alle unterstützen. Ich habe auch Frau Grossrätin Siegenthaler von der SP gehört, die gesagt hat, sie wollten eine starke Polizei.

Nur: Was gut gemeint ist, ist eben nicht immer ganz so gut, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheint. Und mit diesem Vorstoss hier handeln wir uns nebst minimen Vorteilen auch Nachteile ein. Aber zuerst vielleicht eine kleine Information oder eine Gegeninformation zu dem, was am Anfang gesagt worden ist. Wir können die Schulen füllen, wir finden im Moment die Leute. Es hat letztes Jahr im Herbst eine Delle gegeben, das ist richtig. Aber jetzt sieht es wieder gut aus. Bei den Sicherheitsassistenten haben wir sogar deutlich mehr Anmeldungen, als wir aufnehmen können.

Es ist gesagt worden: Der Fachkräftemangel wirkt überall. Und das Problem der Überstunden ist nicht, weil wir die Leute nicht finden, sondern weil wir zahllose Corona-Demos und Antifa-Demos und «No Fides»-Demos haben, was die Polizei einfach stark beansprucht. Und es ist auch nicht so, dass es eine Unterversorgung in den Gemeinden gibt. Das ist nicht richtig. Diese Versorgung findet statt. Dann war es noch so, dass wir die Polizeiausbildung verlängert haben. Dann hatte man einmal für eine gewisse Zeit diejenigen, die schon in das Korps gegangen wären, noch in der Schule. Das hat auch noch zu einer Verzögerung geführt.

Ein wichtiger Punkt ist: Polizistinnen und Polizisten üben hoheitliche Aufgaben aus; es ist gesagt worden. Und zur Ausübung des Polizeiberufs ist heute im Kanton Bern das Schweizer Bürgerrecht gesetzlich vorgeschrieben. An die Ausübung des Polizeiberufs sind auch weitere Anforderungen geknüpft: berufliche Grundausbildung, eine Matura, körperliche Fitness usw. Das sind die Grundvoraussetzungen. Es macht in den Augen des Regierungsrates Sinn, mit Blick auf den hoheitlichen Aspekt von den Polizistinnen und Polizisten das Schweizer Bürgerrecht zu verlangen. Gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere diejenigen, die hier die obligatorische Schulzeit absolviert haben, erfüllen die Einbürgerungsvoraussetzungen in der Regel problemlos, und nach einer erfolgreichen Einbürgerung steht ihnen selbstverständlich auch der Weg zur Polizistin oder zum Polizisten offen. Und es ist so: Wir haben im Korps viele Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund. Wenn man also das Argument bringt, man müsse quasi das Migrationswissen in das Korps hineintragen, dann ist das bereits erfüllt. In den Polizeischulen haben wir 25 Prozent Anwärter, Anwärterinnen mit Migrationshintergrund.

Der Grosse Rat hat in der Januarsession 2018, also vor nicht allzu langer Zeit, im Rahmen der Polizeigesetzrevision bereits darüber debattiert, ob für die Aufnahme in die Polizeischule dieses Bürgerrecht vorausgesetzt wird oder nicht. Er hat sich damals mit 92 zu 45 Stimmen bei 0 Enthaltungen sehr deutlich gegen die Möglichkeit der Zulassung mit einem C-Ausweis entschieden. Eine klare Mehrheit der Grossrätinnen und Grossräte war der Ansicht, dass es Sinn macht, in diesem Bereich auf die Nationalität abzustellen. Es wurde auch mit dem Kondukteur oder der Ärztin verglichen, die kein Schweizer Bürgerrecht haben und da tätig werden können. Aber die üben keinen polizeilichen Zwang aus. Das ist der grosse Unterschied. Das staatliche Gewaltmonopol wird von der Polizei ausgeübt und ist nur bei der Polizei. Auch die privaten Sicherheitsdienste sind erwähnt worden, die viele noch ganz andere Aufgaben haben: Verkehrsregelung usw., Billettkontrolle. Dafür braucht man auch nicht unbedingt eine Polizeiausbildung, und deshalb sind sie auch günstiger, und deshalb werden die halt auch viel für solche Aufgaben gebraucht.

Der Regierungsrat möchte daran festhalten, dass das Bürgerrecht eine Voraussetzung bleibt. Er ist aber auch der Ansicht, dass es möglich sein sollte, sich erst während der polizeilichen Ausbildung einbürgern zu lassen. Das heisst, dass Ausländerinnen und Ausländer mit C-Ausweis in die Polizei-

schule gehen können und dann nachher während der Polizeiausbildung eingebürgert werden. Es ist also so: Diejenigen mit noch keinem Schweizer Pass – um es einmal so zu sagen –, die zur Polizei wollen, können ihn erwerben. Und diese machen das auch, weil sie das wollen; diese kommen zu uns. Und mit dem zweiten Punkt, dass es gewisse Funktionen ohne Polizeischule geben soll, sind wir auch einverstanden, das ist richtig. Das ist aber heute schon möglich. Spezialisten usw. können das machen. Um dieses Spezialistentum auszuüben, braucht es keine Polizeiausbildung. Die sind dann auch nicht mit dem Polizeiauto sozusagen an der Front unterwegs.

Ich habe noch gesagt, es gebe Nachteile. Wenn Sie heute, sage ich einmal, Diskussionen haben, wenn es z. B. im Verkehr eine Polizeikontrolle gibt, dann wissen die Kontrollierten: Das sind alles Schweizer. Wenn das nicht mehr so ist, dann werden wir Diskussionen haben, dann werden wir verbale Auseinandersetzungen haben, die wir heute schon genug haben, bei denen es dann heisst: «Bist du überhaupt ein Schweizer?» Das haben wir heute nicht. Und diese Polizeikontrollen laufen dann nicht immer so harmonisch ab, wie man sich das vielleicht vorstellt. Das wäre ein Nachteil, den wir uns einhandeln würden.

Der Regierungsrat und die Kantonspolizei haben ein Interesse an einem möglichst diversen Korps. Das ist richtig. Die Polizei, die die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelt – dies ist eine zentrale Voraussetzung, damit sie ihre anspruchsvolle Aufgabe in der Gesellschaft erfüllen kann. Die Polizei bemüht sich um Vielfalt. In der Vorstossantwort hat der Regierungsrat z. B. auch auf die Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils hingewiesen. Das – respektive generell die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ist ein zentrales Thema für mich und die Kantonspolizei und ein Schwerpunkt im laufenden Jahr. Aber wie gesagt: Es ist ein guter, positiver Vorstoss, der aber nicht unbedingt die Wirkung haben wird, die er sich verspricht und die man vielleicht zuerst erwarten könnte. Namentlich die Diskussionen, die unnötigen verbalen Auseinandersetzungen könnten wir so vermeiden.

Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung der Ziff. 1 und 3 der Motion und die Annahme und Abschreibung von Ziff. 2.

Präsident. Der Motionär hat noch einmal das Wort. Du hast drei Minuten.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (GLP), Motionär. Merci für die sehr respektvolle und sachliche Diskussion. Es ist hier in diesem Saal nicht immer so zu- und hergegangen, wenn wir über die Polizei gesprochen haben. Ich glaube, das spricht für unsere Kultur und auch für den Respekt gegenüber der Kantonspolizei.

Der Einzige, der es nicht ganz sein lassen konnte, ein bisschen zu zünden, ist natürlich Mathias. Erfolgreich – ich muss natürlich zu deinen Söldnern replizieren: Bei allem Respekt vor deinen Argumenten, aber Polizistinnen und Polizisten sind nicht Söldner, die ziehen nicht in den Krieg. Die handeln eben hoheitlich in gewissen Bereichen, und das ist etwas ganz anderes. Wenn du im Spital gepflegt wirst, von Leuten mit ausländischem Pass operiert wirst, deine Kinder vielleicht von Leuten mit ausländischem Pass unterrichtet werden, dann geht es dir um die Qualität und Seriosität, und am meisten Freude hast du, wenn vielleicht dein geliebter EHC Biel mit Söldnern – und diesen würde ich dann Söldner sagen –, wieder einmal Schweizermeister wird.

Ich komme noch zu Andrea Gschwend-Pieren: Die Entschuldigung ist angenommen, diesen Kaffee nehmen wir, das ist kein Problem. Ich kann dich auch beruhigen, Andrea: Du musst nicht Angst haben, dass ich irgendwie die Einführung eines Parteienproporzes bei der Anstellung von Polizistinnen und Polizisten fordere, so wie wir das z. B. bei den Richtern kennen. Denn in den Gerichtsbehörden wollen wir ja unsere Gesellschaft auch abbilden. Ich verlange auch nicht, dass wir Kinderarbeit einführen, obwohl Kinder ja gerne «Räuber und Poli» spielen. Und auch Ueli Maurer, auch wenn er noch nicht über 80 ist, macht einen guten Job, aber bei der Kantonspolizei brauchen wir den nicht.

Ihr beide, Mathias und Andrea, habt gesagt: Wie vielleicht auch der Lehrerberuf ist der Polizistenberuf ein Beruf mit Arbeit in einem extrem schwierigen Umfeld, und viel Respekt ist verlorengegangen. Es ist vielleicht nicht einmal nur der Lohn, aber ein bisschen, glaube ich, schon auch, und daran müssen wir arbeiten, und vielleicht machen wir heute diesbezüglich einen ersten Schritt.

Weil ich gemerkt habe, dass ich beim Punkt 3 sozusagen falsch verstanden wurde, wandle ich ihn. Ich habe auch die Diskussion zum Punkt 2, bei dem wir nicht einmal eine Differenz zur Regierung haben, spannend gefunden. Ich glaube, sie stärkt Philippe Müller und dem neuen Kommandanten den Rücken, damit sie im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, falls nichts ändern sollte, doch diesen Weg weitergehen können. Und es war natürlich stark, Philippe, zu hören, dass du etwas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Frauen bei der Polizei machst. Das ist ein Versprechen; daran werden wir uns erinnern. Bleib dran.

Jetzt wird es spannend. Man hat gehört, die EVP sei nicht ganz einig. Und Hans Schär hat gesagt, auch die FDP sei bei Punkt 1 nur mehrheitlich dagegen. Es könnte reichen. Ich versuche noch alles. Es kommt da wirklich ein bisschen auf den liberalen Flügel der FDP an. Und da möchte ich noch etwas aufnehmen, was viele Redner gesagt haben und auch Philippe Müller gesagt hat, nämlich, dass Sie Angst haben, dass Sie von Leuten ohne Schweizer Pass kontrolliert werden. Meines Wissens wird das in der ganzen Stadt Bern von der GSD Gayret Security AG gemacht, und das ist jetzt noch eine Frage an Philippe: Das ist eine private Firma, und die Kantonspolizei delegiert das mit Vertrag ab. Das sind schon Ausländer. Die kontrollieren, das stört niemanden, das hat auch noch nie Probleme gegeben. Oder ist meine Information falsch, Philippe? Und schliessen möchte ich: Es ist doch extrem positiv, dass wir gehört haben, dass du bereit bist, Leute zumindest zur Ausbildung zuzulassen, ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* ... sodass sie sich nachher während der Ausbildung einbürgern lassen könnten. Auch das wäre ein Riesenschritt, aber da braucht es meine Motion nicht, und deshalb wandle ich in Punkt 1 nicht.

Präsident. Der Regierungsrat will noch eine Antwort auf diese Frage geben, nehme ich an.

Philippe Müller, SID-Direktor. Ja, das ist richtig. Die privaten Securitys haben Ausländer, aber die haben absolut keinen staatlichen Zwang, den sie ausüben können. Die haben die sogenannten Jedermannsrechte. Die haben also genau gleich viele Rechte wie wir alle hier in diesem Saal auch. Sie können also null staatlichen Zwang ausüben, und das ist halt der grosse Unterschied. Die Polizei kann das, und das Problem ist – was wir befürchten –, dass wenn es Kontrollen gibt, genau diejenigen, die vielleicht einen Namen mit Migrationshintergrund haben, von den Kontrollierten angegangen werden und man ihnen sagt: «Bist du überhaupt ein Schweizer?» Und das möchten wir vermeiden. Im Gegenzug denke ich, dass wir nicht viel dazugewinnen können.

Und wenn ich das Wort gerade noch habe; es ist vorher noch gefragt worden: Die Polizeiverbände, jener von Adrian Wüthrich – der Polizeiverband Bern-Kanton (PVBK) – und der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB), lehnen dieses Ansinnen ebenfalls ab.

Präsident. Es ist noch einmal das Wort für eine Abschreibung verlangt worden.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP), Einzelsprecher. Thomas Brönnimann hat Punkt 3 in ein Postulat gewandelt. Aus der Regierungsantwort geht hervor, dass Diversität im Polizeikorps bereits angestrebt wird, und es wird überzeugend dargelegt, dass kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Sollte Punkt 3 als Postulat erheblich erklärt werden, beantrage ich die Abschreibung, weil diese Prüfung bereits erfolgt ist.

Präsident. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung: Ziff. 1 als Motion, Ziff. 2 als Motion und nachher über die Abschreibung, Ziff. 3 als Postulat und dann abschreiben.

Wer die Ziff. 1 dieser Motion annimmt, stimmt Ja, wer es nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.399: Ziff. 1 / ch. 1

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	71
Nein / Non	78
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziff. 1 abgelehnt.

Wer der Ziff. 2 dieser Motion zustimmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.399: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	91
Nein / Non	58
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben der Ziff. 2 zugestimmt.

Wir befinden noch über die Abschreibung: Wer die Ziff. 2 abschreiben möchte, stimmt Ja, wer es nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.399: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Annahme / Adoption

Ja / Oui	113
Nein / Non	36
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziff. 2 abgeschrieben.

Dann kommen wir zur Ziff. 3 als Postulat: Wer diesem Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.399: Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	85
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dieses Postulat abgelehnt. Damit erübrigt es sich auch, über die Abschreibung zu befinden.